

Stefan Kowal (Poznań) und Helga Schultz (Frankfurt Oder)

**Neue Grenzen - alte Nachbarn – Deutsche und Polen im Widerstreit von großer Politik und regionaler Kooperation (1919 bis 1990)**

Die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Schlesien, dem östlichen Brandenburg und Pommern und Großpolen waren seit dem Mittelalter gewachsen. In der Zeit der Industrialisierung festigten sich diese Beziehungen unter den Bedingungen der Einbeziehung des westlichen Polens in den preußischen Staat. Die deutsch-polnische Grenzregion entwickelte sich zu einer Brücke für den Osthandel. Vor allem in Niederschlesien, aber auch im östlichen Brandenburg entstand eine Landmaschinenindustrie und eine Textilindustrie, die auf den polnischen und russischen Markt ausgerichtet war, während die Holzindustrie und die Lebensmittelindustrie auf die Zufuhr polnischer Rohstoffe angewiesen waren. Diese lebendige Wirtschaftsbeziehung wurde durch den Ersten Weltkrieg gestört. Der Niedergang der zivilen Produktion fand seine Entsprechung im Rückgang des Handels.

*Exportblockade und Zollkrieg*

Der Friedensschluß brachte keine Wiederbelebung, sondern mit dem Wiederaufstehen des polnischen Staates und der neuen Grenzziehung eine völlig neue Situation. Aus den gespannten politischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen ergaben sich Barrieren für den Handel. Von deutscher Seite wurde von 1920 bis 1922 eine Exportblockade gegen Polen verhängt. Diese Politik stieß von Anfang an auf den Widerstand der Kaufleute und Industriellen im Grenzgebiet, vor allem in Schlesien. Der Berliner Geschäftsträger der schlesischen Städte und Handelskammern, Fritz Haslacher, erklärte diesen Boykott für falsch und wirkungslos, da er weniger die polnische Wirtschaft als die des deutschen Grenzgebietes schädigen würde. (Blahut: 49).

In der Tat litt die Wirtschaft der Grenzregionen besonders unter dem Verlust ihrer Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Eine Bilanz der wirtschaftlichen Schäden im östlichen Brandenburg beklagt vor allem den Niedergang der Landmaschinenindustrie, die von Frankfurt (Oder) bis Landsberg an der Warthe die Hälfte bis drei Viertel ihres Umsatzes eingebüßt hätte. Ähnlich dramatisch stellte sich der Rück-

gang der Textilindustrie in diesem Gebiet dar, die vielfach speziell für die Bedürfnisse des polnischen Marktes produziert hatte und nun bis zu vier Fünfteln ihres Umsatzes verlor. Die Sägewerke litten hingegen darunter, daß aus Polen nun Bretter mit der Bahn ankamen anstelle der früheren Rohholzlieferungen. Ähnlich ging es den Stärke- und Branntweinfabriken, die keine polnischen Kartoffeln mehr bekamen. (Ostbrandenburgs wirtschaftliche Notlage, 8-9,12-14). Eine große *Ostmarkenschau für Gewerbe und Landwirtschaft*, die im Juni 1924 in Frankfurt (Oder) stattfand, warb ohne anhaltenden Erfolg um neue Märkte im inneren Deutschland. (Schieck: 138-144).

Die Situation verschärfte sich noch, als 1925 die Meistbegünstigung im polnisch-deutschen Handel auslief, ein Handelsvertrag nicht zustande kam und in der Folge ein Zollkrieg zwischen beiden Staaten ausbrach. (Puchert: 81-85). Diese Entwicklung war verhängnisvoll für die Wirtschaft der deutschen Grenzregionen und stieß - je länger je mehr - bei den dortigen Industrie- und Handelskammern auf Widerstand.

#### *Niederschlesische Bemühungen um deutsch-polnische Wirtschaftskooperation*

Niederschlesiens Wirtschaft hatte besonders großes Interesse an geregelten Wirtschaftsbeziehungen mit Polen. Die Vorschläge, die daraus wuchsen, reichten beträchtlich weiter, als bei irgendeiner anderen Region. In Breslau erschien seit 1922 eine *Ostdeutsche Wirtschaftszeitung*, die der deutsch-polnischen Kooperation großen Platz einräumte. Zur Förderung des Exports nach Polen gründeten die Breslauer Kaufleute am 2. Mai 1927 den *Deutschen Wirtschaftsbund für Polen*, der 1930 zur *Deutsch-polnischen Handelskammer* umgebildet wurde. Dieser Verein unterschied sich grundsätzlich von anderen Gründungen im Grenzgebiet, wie dem *Wirtschafts- und Kulturbund für das Grenzgebiet Frankfurt (Oder)*, der in erster Linie für die Zuteilung von *Osthilfe* wirkte.

Alle Bemühungen um die Normalisierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen verliefen auf mehreren Kanälen. Die größte Aktivität zeigte die Industrie- und Handelskammer Breslau. Sie handelte dabei entweder selbständig oder gemeinsam mit den Schwesterkammern in Liegnitz, Sagan, Hirschberg und Görlitz. Für die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen trat ebenfalls der in Berlin residierende Bevollmächtigte der Schlesischen Städte und der Industrie-

und Handelskammern auf. Bevollmächtigter war Dr. Fritz Haßlacher, der bereits in den Jahren 1920 - 1922 gegen die Exportblockade nach Polen aufgetreten war. Da Haßlacher ebenfalls Kontakte mit der polnischen Gesandtschaft in Berlin unterhielt, war ihm der polnische Gesichtspunkt wohl bekannt. Dank seiner Bemühungen im Auswärtigen Amt bekamen die Wirtschaftskreise in Niederschlesien die Einwilligung für die Abhaltung der Konferenz mit Polen. Es war also kein alltägliches Ereignis in den polnisch-deutschen Beziehungen, daß zweimal Wirtschaftssitzungen der Kaufmannskreise Schlesiens und Großpolens stattgefunden haben.

Die erste Sitzung fand am 19. und 20. Januar 1928 in Breslau, die zweite am 29. und 30. November 1928 in Posen statt. Die Organisation der ersten Beratung schlugen die Deutschen vor. Auf der polnischen Seite fiel die Hauptrolle dem Verband der Kaufmannsgesellschaften in Großpolen zu. In der polnischen Delegation, die um 40 Personen zählte, kamen jedoch auch Vertreter der Industrie, der Handelskammern und der Warenbörsen aus Warschau, Posen, Lemberg, Graudenz, Lodz, Kattowitz und Krakau nach Breslau. Für das polnisch-deutsche Treffen zeigten die höchsten Selbstverwaltungsorgane und die einflußreichsten Wirtschaftskreise Schlesiens Interesse. (Kowal: 165-173).

Zur Eröffnung der Beratungen erschienen der Vorsitzende der Abteilung des Provinzialausschusses, der Landeshauptmann und der Präsident des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien, der Bürgermeister Breslaus mit den Mitgliedern der Stadtleitung, der Präsident der Breslauer Reichsbahndirektion, der Postdirektion, das in Breslau akkreditierte Konsularkorps und die ganze "Creme der Gesellschaft" der Provinz Niederschlesien. Die deutsche Delegation leitete Dr. Bernhard Grund, Präsident der Industrie- und Handelskammer, der die Begrüßungsrede hielt. Die polnische Delegation leitete Kazimierz Otmanowski - Vorsitzender des Verbandes der Kaufmannsgesellschaften in Großpolen und Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer in Posen. Die freundschaftliche Atmosphäre dieses Treffens können stürmischer Beifall während der Auftritte beider Sprecher und spontane begeisterte Ovationen nach deren Beendung bezeugen. Am Abend begaben sich um 19:00 Uhr beide Delegationen in die Oper, wo "Die verkaufte Braut" von Smetana aufgeführt wurde, und danach zum Empfang ins Rathaus, das anlässlich dieses Ereignisses feierlich geschmückt wurde.

Die Sachgespräche fanden in zwei Kommissionen statt - in der Börsen- und in der Verkehrskommission. Die Ergebnisse beider Kommissionen wurden während der Plenarsitzungen in der Form einer Resolution entgegengenommen. So sprach man sich einstimmig für die gegenseitige Zulassung zu den Märkten aus - sowohl polnischer Bürger zur Breslauer Warenbörse, als auch deutscher Bürger zu den polnischen Getreidemärkten. In der Resolution versprach man sich gegenseitige Unterstützung beim Abbau der Handelshemmnisse. Auf Antrag der polnischen Seite beschloß man die Berufung einer ständigen gemeinsamen Kommission, die sich aus polnischen und Breslauer Vertretern zusammensetzen und mit den Handelserleichterungen befassen sollte. - Bei den Eisenbahnverbindungen stand die Strecke zwischen Breslau und Warschau im Mittelpunkt, die durch Neubau verkürzt und mit Schnellzügen sowie Schlaf- und Mitropawagen befahren werden sollte. Man schlug ebenfalls gegenseitige Begünstigungen auf dem Gebiet der Tarife vor, die insbesondere für die Beförderung der Agrarprodukte und für die Urlaubs- und Ferienverbindungen mit den bekannten Badeorten wirken sollten. Man forderte günstige Anschlüsse, z. B. von Breslau nach Süddeutschland, die Rationalisierung der Paßformalitäten während der Bahnfahrt und andere Erleichterungen. - Diese Kommission machte auch Vorschläge für die Postverbindung zwischen den beiden Ländern. Sie umschlossen die Telefonverbindungen zwischen größeren Städten, die Einführung von 50% Ermäßigung für Drucksachen und Pressesendungen gemäß internationalem Brauch und die gegenseitige Annahme und Anerkennung der Postschecks. - Man formulierte weitere Projekte für den Luftverkehr. Unentbehrlich waren die Flugverbindungen nach Warschau. Es bestand der Wunsch, in weiterer Folge die Linien Breslau - Krakau - Lemberg und Breslau - Posen - Danzig und der Verzweigung von Lemberg nach Cernowitz, Jassy und Bukarest zu eröffnen. In den Plänen, diese Luftlinien nach Teheran und Indien zu verlängern, wird die Absicht deutlich, die schlesisch-großpolnische Verbindung zur Brücke im weltweiten Ost-West-Verkehr zu machen.

Alle diese Vorschläge waren von dem Optimismus getragen, daß der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages unmittelbar bevorstehe. In diesem Sinne sandten die Teilnehmer der deutsch-polnischen Kaufmannskonferenz in Breslau auch ein Telegramm an die in Warschau tagenden Regierungsdelegationen.

Zur Fortsetzung der Gespräche lud die polnische Seite im folgenden Jahr die Deutschen zu der Allgemeinen Landesausstellung (16.05. - 30.09.1929) ein. Obwohl die Niederschlesier zu Gesprächen bereit waren, nutzten sie die Einladung erst nach der Beendigung der Ausstellung. In diesem Fall gewann die Stellungnahme der Reichsregierung hinsichtlich der Allgemeinen Landesausstellung die Oberhand. Das Treffen fand erst am 29. u. 30. November in Posen als *Tagung der Vertreter der Schlesischen und Polnischen Kaufmannschaft* statt.

Die offizielle Einladung für die deutsche Seite schickte der Verband der Kaufmannsgesellschaften in Großpolen an die Industrie- und Handelskammer in Breslau. Ähnlich wie beim Breslauer Treffen leitete der Präsident der Breslauer Kammer, Dr. Bernhard Grund, die deutsche Seite. Die zweite Persönlichkeit war der Syndikus der Kammer, Dr. Hermann Freymar. Die deutsche Delegation kam in einer 23 Personen starken Gruppe nach Posen. An den Beratungen und in den Begleitveranstaltungen nahm der deutsche Konsul in Posen und andere Mitarbeiter des Konsulats teil. Auch die zweitägigen Beratungen in Posen waren von der Überzeugung geleitet, daß man sich am Vorabend der Vertragsschließung befindet. Die Beratungen verliefen in bester Atmosphäre. Am Treffen beteiligten sich ebenfalls die Vertreter der Industrie- und Handelskammer aus anderen Städten Polens. Die Warschauer Kammer vertrat ihr Direktor, der äußerst aktive Stanisław Wartalski. Den Rang des Treffens hob der Empfang der deutschen Delegation durch den Posener Wojewoden Roger Raczyński und den Stadtpräsidenten Cyryl Ratajski hervor. Während des Treffens wählte man zwei Kommissionen: eine juristische und eine für den Verkehr. Im Unterschied zu den Beratungen in Breslau legte man größeren Nachdruck auf die Plenarberatungen. Man knüpfte auf allen Gebieten an die bereits in Breslau diskutierten Ideen an.

Die Breslauer und Posener Beratungen bestätigten die Notwendigkeit der Entwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Beschlüsse und die Übereinkünfte, die damals die Wirtschaftskreise erreicht hatten, konnten jedoch nur unter der Bedingung einer vertragsmäßigen Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen ertragreich sein. Die Interessen der niederschlesischen Wirtschaftskreise an den wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen und an der Aufrechterhaltung der ökonomischen Bande offenbarten sich auf mehreren Ebenen. Während der Verhandlungen wiesen sie häufig auf die Schädlichkeit des Zollkrie-

ges und übten Druck aus, um sie zu beschleunigen. In Denkschriften und Schreiben an den Kanzler, das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium, den Finanzminister des Reiches und die Preußischen Behörden betonte man die Notwendigkeit eines Handelsvertrages und der Regelung verschiedener mit dem Polenhandel verbundener Probleme. Nach dem Signieren des Vertrags am 17.03.1930 verlangte man mehrere Male seine Ratifikation vom Reichstag. (Kowal: 136-140).

Die Wirtschaftskreise Niederschlesiens erstrebten auf der Basis liberaler Grundsätze die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen: nach dem Prinzip der Partnerschaft, als einen günstig gelegenen Markt und als ein Land, das eine Brücke für die weitere ökonomische Beziehung nach dem Osten bilden könnte. Da die schlesischen Industriellen mit der besser ausgestatteten westdeutschen Industrie nicht konkurrieren konnten, sahen sie im Handel mit Polen und eventuell mit noch anderen Ostländern - was sie stark betonten - eine günstige Entwicklungschance. Der Wirtschaftskrieg hatte diese Pläne völlig erstickt. Sie befürchteten, daß im Ergebnis dieser anormalen Wirtschaftsbeziehungen in Polen jene Industriezweige entwickelt werden, welche vor dem Ausbruch des Zollkrieges die Grundlage des auf den polnischen Markt gerichteten niederschlesischen Exports dargestellt hatte. (Krasuski: 382-386).

#### *In der Zeit des Nationalsozialismus*

Zunächst verbesserten sich die Beziehungen zu Polen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Am 26. Januar 1934 schloß das Deutsche Reich mit Polen einen Nichtangriffspakt, der auch den Wirtschaftskrieg beendete. Das am 11. Oktober desselben Jahres geschlossene Handelsabkommen knüpfte jedoch nicht an den 1930 vereinbarten, von deutscher Seite niemals ratifizierten Vertrag an. Das Abkommen gewährte zwar die Meistbegünstigung, wurden jedoch nur für ein Jahr geschlossen und sah nur ein Kompensationsgeschäft in begrenztem Umfang vor. Wegen der Rüstungspolitik Hitlerdeutschlands blieben die deutschen Lieferungen hinter dem polnischen Erwartungen zurück. Auch die nachfolgenden Handelsverträge änderten an dieser Situation nichts.

Die Normalisierung der Beziehungen ermöglichte auch der Wirtschaft in den Grenzregionen intensivere Kontakte. (Łuczak: 186-188). Die Deutsch-polnische

Handelskammer in Breslau arbeitete weiter, wenn auch beeinträchtigt durch die Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten, und ohne die jüdischen Vorstandsmitglieder. Die Zusammenarbeit entwickelte sich besonders im Zusammenhang mit der Breslauer Messe und der Internationalen Posener Messe. Die Kaufmannschaften von Breslau und Posen entsandten gegenseitig Delegationen zu diesen Messen, arrangierten den kostengünstigen Besuch von interessierten Bürgern und berichteten umfangreich in der Presse über die Messe des Nachbarlandes. Noch im Juni 1939 war Deutschland offizieller Aussteller der Internationalen Posener Messe.

Diese Zusammenarbeit brach jäh ab, als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach. Alle Bemühungen um grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen waren zunichte gemacht. Als sogenanntes Warthegau dem Reich einverleibt, wurden die westpolnischen Gebiete zum Exerzierfeld nationalsozialistischer Siedlungspolitik und zum Teil der deutschen Kriegswirtschaft. Eine genauere Erforschung der polnisch-deutschen Grenzregionen in dieser dunklen Zeit steht noch aus.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs entstand mit der Westverschiebung Polens eine gänzlich neue Grenzsituation. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen war erst an der Oder zu einer mathematischen Linie geworden, sie dehnte sich nicht mehr wie seit dem hohen Mittelalter als ein breiter Grenzsaum in der Fläche aus. Mit keinem andern Volk hatte die Deutschen so viel Nachbarschaft, so viel Verwandtschaft verbunden, wie mit den Polen. Wenn es nun in Polen nach sechs Jahren Krieg und deutscher Besatzung einen Parteien übergreifenden Konsens gab, die Deutschen herauszutreiben, so gibt das dem grausamen und tragischen Geschehen den von Hegel angenommenen Sinn eines geschichtlichen Urteils, gültiger als jene Beschlüsse der Großmächte von Jalta und Potsdam, die politische Legitimation lieferten.

#### *Die Neusiedler*

Heimatverlust und Neuansiedlung prägten in den Nachkriegsjahren die Bevölkerungen auf beiden Seiten der Grenze. Auf der deutschen Seite von Oder und Neiße stellten die aus dem jetzigen Polen stammenden vielfach die Hälfte der Bewohner. Der ostdeutsche Durchschnitt von 25% Vertriebenen wurde überall entschieden überschritten. Sie kamen gerade aus den grenznahen Gebieten, aus der Neumark,

aus Pommern und Niederschlesien. Sie kamen Monate vor den alliierten Abkommen über die geordnete Aussiedlung der Deutschen, zu Fuß und mit Handwagen, fast ohne alle Habe. (Transodra: 55-61).

Ohne Aufsehen und sonderliche Aufwendungen wurden die Umsiedler in die ostdeutsche Gesellschaft integriert. Sie blieben ohne Lastenausgleich, vor allem aber ohne Organisation und öffentliche Artikulation. Das war hart für die Betroffenen, aber ich halte es doch für eine große Erleichterung des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Grenzregion, daß auch nach der deutschen Vereinigung Vertriebenenorganisationen hier nur eine marginale Rolle spielen. Andererseits blieb so unter der Decke der beschworenen deutsch-polnischen Völkerfreundschaft ein Bodensatz ungueter Gefühle und unverarbeiteter Erfahrungen. In einem der von Mario Quast geführten Interviews kommt diese Gemengelage der Gefühle sicher stellvertretend für viele Bewohner der Grenzregion zum Ausdruck. Wie in allen diesen Interviews wird auf das Vertreibungsschicksal der Polen hingewiesen, aber kein Gedanke daran gewandt, daß die Deutschen Krieg und Besatzung über Polen brachten, bevor sie selbst die Heimat verloren:

*Heute habe ich keinen Kontakt zu den Gubinern. Ich hab keinen und ich will auch keinen. Unser Haus steht nicht mehr. Und zu wem soll ich auch gehen? Die Polen haben mir zu viel getan, daß sie uns alles weggenommen haben. Die dann kamen, konnten ja auch nichts dafür. Sie wurden auch vertrieben. Das muß man natürlich sehen... Ich weiß nicht, ob es überhaupt eine gemeinsame Zukunft gibt. Ich weiß es nicht. (Quast: 32).*

Noch weit schwieriger war die Lage auf der polnischen Seite der Oder und Neiße. Das Grenzgebiet war hier ebenso wie auf der deutschen Seite durch die Schlachten und Kämpfe der letzten Kriegsmonate verheert, die Städte größtenteils zerstört. Ebenso wie auf der deutschen Seite der Grenze wurde die Wirtschaft durch sowjetische Demontagen weiterhin geschädigt. Demontagen zu Gunsten des Wiederaufbaus von Zentralpolen kamen hinzu.

Zugleich mit dem Ende der Kampfhandlungen setzte die planmäßige polnische Besiedlung ein. Drei Herkunftsgruppen waren es, die im mittleren Grenzgebiet der späteren Woiwodschaften Gorzów und Zielona Gora heimisch wurden:

1. Die aus den ehemals zu Polen gehörenden ukrainischen, belorussischen und litauischen Gebieten ausgesiedelten Polen, die Repatrianten genannt wurden;

2. Die aus den altpolnischen Wojewodschaften Zugewanderten, unter ihnen viele demobilisierte Soldaten, die als Umsiedler in der Statistik geführt werden;
3. Die im Jahre 1947 aus Südpolen während der *Aktion Weichsel* deportierten Ukrainer, über die zu sprechen noch immer schwer fällt.

Die ersten beiden Gruppen stellten die Masse der Siedler zu gleichen Teilen, während die deportierten Ukrainer immerhin 7,5% der neuen Bewohnerschaft im mittleren Grenzgebiet stellten. (Lisiecki: 143, Tab.1).

Fremder konnten Nachbarn einander nicht sein, als es die beiden Bevölkerungen waren, die sich nun an Oder und Neiße gegenüber saßen. Mühselig war der Integrationsprozeß, in dem aus dieser heterogenen, entwurzelten, oft gegen ihren Willen in eine fremdartige Kulturlandschaft verschlagenen Bevölkerung Westpolens eine neue Gesellschaft wurde. Weiß verputzte griechisch-katholische Kirchen neben den als deutsch empfundenen gotischen Backsteinkirchen, neue Friedhöfe neben den wüst gewordenen aus deutscher Zeit zeugen vom schweren Weg der Anverwandlung der Fremde als neue Heimat. Erschwert wurde das Heimischwerden durch die Unsicherheit, die wegen der fehlenden Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland bis zum Beginn der siebziger Jahre auf der polnischen Westgrenze lastete.

#### *Wiederaufbau und Integration*

Auf beiden Seiten der Grenze sank der Anteil der Stadtbewohner. Die zerstörten Städte boten zu wenig Wohnraum, Arbeit und Nahrung. Der säkulare Trend der Urbanisierung, von den Zeitgenossen sorgenvoll als Landflucht beschrieben, erlitt infolge des Krieges einen Rückschlag. Das ganze Gebiet war aber von jeher schwach industrialisiert gewesen. Alle Nachteile der peripheren Lage mußten sich so verschärfen.

Auf beiden Seiten der Grenze wurde zunächst versucht, die neue Bevölkerung in die Landwirtschaft zu integrieren, sie als Bauern selbsthaft zu machen. Auf deutscher Seite sollte die Bodenreform den Entwurzelten eine neue Existenz geben. Sie erhielten bevorzugt Land und Kredite, und mehr als die Hälfte aller Neubauern im östlichen Brandenburg waren Umsiedler. Aber die Landwirtschaft war nicht aufnahmefähig genug, und die meisten Umsiedler kamen nicht aus landwirt-

schaftlichen Berufen. Noch im Frühjahr 1949 waren nur zwei Drittel der Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone in Lohn und Brot.

Ganz ähnlich war es auf der polnischen Seite der Grenze, auch hier kamen viele Siedler nicht aus der Landwirtschaft. Und andere, die eine Bauernstelle erwarteten, wurden enttäuscht durch das Ausbleiben der Landreform. Entgegen den Ratschlägen zentraler wissenschaftlicher Kommissionen wurden die großen Güter hier nicht aufgeteilt, sondern als Staatsgüter weitergeführt. Die ostpolnischen Ansiedler, die schon nach 1939 unter dem sowjetischen Kolchossystem gelebt hatten, liebten das Arbeiterleben auf Staatsgütern und in Genossenschaften nicht. Die Produktivität sank entschieden unter den polnischen Durchschnitt und viele zogen wieder fort aus den Dörfern im Westen.

Die Integration der Bevölkerungen erfolgte auf beiden Seiten der Grenze über eine zweite, sozialistische Industrialisierung. Die Bevölkerungsentwicklung nach Stadt und Land betrachtet gibt einen Eindruck von der parallelen Urbanisierung der Grenzregionen an Oder und Neiße. (Abb. 1, 2).

Diese Industrialisierung setzte auf dem westlichen Oderufer 1951 mit dem Bau des Eisenhüttenkombinats bei Fürstenberg ein, des heutigen EKO, und hatte mit dem Bau des Petrolchemischen Kombinats in Schwedt, des Chemiefaserkombinats in Guben und des Halbleiterwerks in Frankfurt (Oder) in den sechziger Jahren weitere Höhepunkte. Diese merkwürdige Standortpolitik unmittelbar an der Grenze wurde als Ausdruck der ewigen Freundschaft mit der polnischen Volksrepublik propagiert. (Mohs: 45-48).

In der polnischen Grenzregion hatte die Industrialisierung ihren Höhepunkt in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Der polnische Staat unternahm also große Investitionsanstrengungen, obwohl die Westgrenze Polens noch immer nicht durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland anerkannt war. Auch in der polnischen Grenzregion standen die Schwerindustrie, der Bergbau und die chemische Industrie im Mittelpunkt, wie es der sozialistischen Politischen Ökonomie entsprach. Da diese Industrien ebenso wie die Kombinate der deutschen Grenzregion für den Markt des COMECON produzierten, ja in hohem Maße auf den sowjetischen Markt ausgerichtet waren, erlebte die Region seit 1990 Stillelegungen und Arbeitslosigkeit, die über dem polnischen Durchschnitt lagen.

(Gruchman, Nowińska: 121). Die Probleme sind also denen der deutschen Grenzregion sehr ähnlich, wo die Perlen der sozialistischen Industrialisierung zwischen Guben und Schwedt nach 1990 nur noch Plunder waren. In diesen Werken fanden die Umsiedler Arbeit und in den neuen Wohnsiedlungen der Städte ein Zuhause. Genauso wichtig waren die städtischen Industriezentren in den polnischen Westgebieten, die nicht nur den natürlichen Bevölkerungsüberschuß vom Lande aufnahmen, sondern auch zahlreiche neue Siedler in die Region zogen. Mit der Industrialisierung konnten die westlichen Wojewodschaften Ende der siebziger Jahre den Vorkriegsstand der Bevölkerung überschreiten.

Wenn ich hier die Gleichartigkeit und Gleichzeitigkeit der sozialen und ökonomischen Integrationsprozesse auf beiden Seiten von Oder und Neiße hervorhebe, so nicht nur wegen der gleichartigen Erfahrungen, sondern auch wegen der erfahrenen Gemeinsamkeit der Menschen, die daraus gewachsen sind. Eine alte Gubenerin erzählt:

*Die Polen sind ganz aus dem Osten gekommen. Jetzt hier, was können sie dafür. Ich habe neulich eine Fahrt gemacht, nach Grünberg, nach Neusalz - die polnischen Namen kann ich mir nicht merken. Da hat sich viel getan. Die haben was daraus gemacht. Sie wollen auch was schaffen, leben und Geld verdienen. Wir sind einigermäßen zur Ruhe gekommen. Wir arbeiten, die arbeiten. Jeder versucht, aus sich was zu machen. Wer die alten Gebiete zurück haben möchte, das wäre wieder eine Vertreibung. Nein. Nein. Nein. Wer so etwas sagt, kann nicht denken. (Quast, 35).*

#### *Hilfreiche Propaganda*

Das Arrangement mit den Verhältnissen erleichterte der wirtschaftliche Erfolg, der sich auch in der Volksrepublik Polen und in der DDR während der goldenen Jahre des Sozialismus zwischen 1950 und 1975 einstellte. Zur Verwurzelung in der neuen Heimat bedurfte es ebenso der emotionalen und geistigen Verarbeitung, und die wurde auf beiden Seiten der Grenze durch Ideologie und Propaganda gestützt.

Die deutschen Kommunisten folgten sie im Ganzen natürlich strikt der sowjetischen Linie und suchten das Bündnis mit den regierenden polnischen Kommunisten zur Stärkung der eigenen Position. So fuhr auch Wilhelm Pieck, der aufs äußerste bestürzt gewesen sein soll bei der Nachricht, daß die westliche, die Lausitzer Neiße den Grenzfluß bilden sollte, in den Jahren 1948 und 1949 wiederholt an

der Spitze von Parteidelegationen nach Warschau, um dort im Vorfeld der ost-deutschen Staatsgründung die Beziehungen zu klären und den Grenzvertrag vorzubereiten. Eine *Deutsch-polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft* (Hellmuth-von-Gerlach-Gesellschaft) wurde 1948 gegründet, um in der Bevölkerung für gute Beziehungen zum Nachbarland zu werben. Durch Information über Polen vornehmlich durch Kunst und Künstler sollte schließlich erreicht werden, daß die Bevölkerung die Oder-Neiße-Grenze als Sühne für die deutschen Verbrechen am polnischen Volk akzeptierte. Die Zeitschrift der Gesellschaft *Blick nach Polen* mit einer Auflage von 40.000 bis 50.000 Exemplaren wurde gerade auch in den Grenzkreisen und unter den Umsiedlern verteilt. Das Ziel galt als erreicht, als die DDR mit der Volksrepublik Polen im Jahre 1950 der Görlitzer Vertrag schloß, in dem sie die Oder-Neiße-Grenze anerkannte. Die Gesellschaft stellte ihre Tätigkeit ein. (Hübner, 412-413). Eine Periode eindringlicher öffentlicher Diskussion und Propaganda über die Oder-Neiße-Grenze ging damit schlagartig zu Ende. Sie wurde abgelöst von Staatsakten und offiziellen Bekundungen, die die Grenze und die Grenzbevölkerung als Kulisse brauchten, wie sie seit 1955 regelmäßig zu den Jubiläen des Vertragsschlusses stattfanden.

Von nun an wurde die Grenzfrage zum Tabu erklärt und durfte nicht mehr öffentlich erörtert werden. Das ist allerdings gar nicht ungewöhnlich, denn die öffentliche Tabuisierung der Grenzprobleme war die Kehrseite der hermetischen Abriegelung der Grenzen zwischen den sozialistischen Staaten. Zugleich verschwanden weitere Problemkreise des deutsch-polnischen Verhältnisses aus dem öffentlichen Bewußtsein der DDR und aus der zeitgeschichtlichen Forschung und Literatur, so die Geschichte der Deutschen in Polen seit dem hohen Mittelalter. Zum Tabu wurden vor allem Flucht und Vertreibung einschließlich der zugehörigen Termini. Die *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, die im September 1945 in der sowjetischen Besatzungszone gebildet wurde, erklärte *Umsiedler* zum einzig zulässigen Begriff. Nur in der schönen Literatur waren diese Themen noch präsent, und sie verhalten Büchern wie *Kindheitsmuster* von Christa Wolf oder *Der Aufenthalt* von Herrmann Kant zu großer Popularität.

Wie auf der deutschen Seite der Grenze half auch auf der polnischen Seite die Ideologie bei der Bewältigung von Geschichte und Gegenwart. Der Haß auf die Deutschen blieb noch lange Jahre nach dem Krieg ein einigendes Band für die he-

terogene Bevölkerung östlich der Oder und Neiße. Dem Tabu verfiel die deutsche Vergangenheit des polnischen Westens und Nordens. Die Polonisierung der Geschichte dieser neuen Heimat war zweifellos ebenso hilfreich wie die Verdrängung der verlorenen Heimat der Umsiedler im öffentlichen Diskurs der DDR. Die Ansiedlung und die Aufbauarbeit in der wüsten Fremde wurde so leichter ertragen als patriotische Pflicht. Der Gründungsmythos der Westgebiete schlägt sich in dem Begriff *Wiedergewonnene Gebiete* nieder. Als sich in den Siebziger Jahren und die Bundesrepublik im Zeichen von Willi Brandts Versöhnungsgeste näherten, verabschiedeten Politik und Wissenschaft die agitatorischen Begriffe und sprachen nun schlicht von den West- und Nordgebieten Polens.

Die Wirkung der antideutschen Propaganda läßt sich nicht so einfach wegwischen, um so weniger da sie auf zweihundertjährige historische Erfahrung gegründet ist. Stefan Lisiecki befragte 1992 Einwohner von Gubin und Słubice nach ihrer Meinung zu dem Spruch *Solange die Welt besteht, wird der Deutsche nie des Polen Bruder sein*. Fast zwei Drittel der Befragten stimmten diesem Spruch zu. In den deutschen Schwesterstädten, wo der Spruch nicht bekannt ist, stimmte auch noch ein reichliches Drittel zu. (Lisiecki: 108).

Der Warschauer Zeithistoriker Edmund Dmitrów stellte 1992 fest, daß, wenn es um die gegenseitige Verantwortung und Schuld zwischen Polen und Deutschen geht, die Polen die Geschichte genau so unbedenklich im Mai 1945 enden lassen, wie sie für viele Deutsche erst mit diesem Datum beginnt. (Kobylińska: 420). Das ist im großen und ganzen sicher richtig. Doch die Verdrängungen in der DDR entsprachen eher den polnischen. Es bedurfte keiner Schulbuchkommission, um die Geschichtsbilder und Ideologien innerhalb der sozialistischen Welt in Übereinstimmung zu bringen.

#### *Die hermetische Grenze*

Die Oder-Neiße Grenze war in jeder Hinsicht zunächst eine hermetische Grenze. Das war an und für sich keine Besonderheit, sondern ein Charakteristikum aller ostmitteleuropäischen Grenzen. Die Oder-Neiße-Grenze war eine Grenze innerhalb des sowjetischen Machtbereichs, und schon deshalb war sie eine hermetische Grenze. Grenzen innerhalb der *sozialistischen Staatengemeinschaft* waren grundsätzlich anderer Art als Grenzen im übrigen Europa. Sie waren Grenzen erster

Ordnung, militärisch gesichert und undurchlässig für Personen, Informationen und Güter, passierbar nur aufgrund spezieller Zertifikate und nach scharfen Kontrollen. (Langer: 49-67).

Doch kaum eine zwischenstaatliche Grenze des sozialistischen Lagers war wohl nach dem Krieg so gesichert wie die Westgrenze Polens. Nach dem Ende der Kampfhandlungen im Frühjahr 1945 mußte sie gegen die zurückflutenden Flüchtlingsströme der Deutschen abgeriegelt werden, dann wurde sie zu einem militärischen Schutzwall gegen den deutschen Revanchismus ausgebaut und schließlich eine der militärischen Sperrlinien im Bündnis des Warschauer Paktes. Ansiedlung und Mobilität der Bewohner auf polnischer Seite waren eingeschränkt und streng überwacht. In Polen ging bis in die fünfziger Jahre das Gerücht, daß man eine gänzlich menschenleere, nur vom Militär kontrollierte Grenzzone schaffen wollte. (Rutowska: 78).

Die Verhältnisse an der Oder-Neiße-Grenze waren nach allem Gesagten so, daß eigentlich keine Nachbarschaft daraus werden konnte, sondern bestenfalls ein ruhiges Nebeneinander. *Commercium et Connubium*, Handel und Heirat, verbinden die Völker an ihren Grenzen miteinander. Über die gesprengten Brücken der Oder hinweg war dies unmöglich. Sie rückten den Bewohnern des Grenzgebietes die Undurchdringlichkeit und Unverrückbarkeit dieser Grenze täglich vor Augen. Erst Anfang der fünfziger Jahre wurde der Wiederaufbau beschlossen und die notwendigen Kontakte zwischen den Magistraten der geteilten Städte aufgenommen, um die gemeinsame Nutzung von Wasser- und Gaswerken zu ermöglichen. Nur Abordnungen aus Staats- und Parteiapparaten passierten die wieder errichteten Brücken, und die ersten offiziellen Freundschaftsfeste - wie der *Frühling an Oder und Neiße* und das *Oderfest* - waren separate Veranstaltungen am jeweiligen Ufer. Die Grenze riegelte die neuen, unerwünschten Nachbarn voreinander ab, und sie bewältigten die schwere Zeit des Wiederaufbaus gleichermaßen, indem sie einander den Rücken zuehrten.

#### *Das Wunder an der Oder*

Es gleicht deshalb einem Wunder, daß unter diesen Bedingungen überhaupt nachbarliche Beziehungen in der Grenzregion an Oder und Neiße entstehen konnten. Das erste Wunder ist es meines Erachtens, daß gerade diese Grenze, die bestge-

sicherte innerhalb des sozialistischen Lagers, am Neujahrstag 1972 geöffnet wurde. Es war damals ein einzigartiges Experiment. Die Grenzen im Innern des Imperiums, darunter die Ostgrenzen Polens, blieben hermetische Sperrlinien. Welches Bild haben die Regierenden von ihren Völkern gehabt, wenn sie die Öffnung nach Osten als Entschädigung für die Abriegelung nach Westen gaben? Offenbar war zumindest die DDR-Führung überzeugt, daß ihr Umerziehungswerk zu Völkerfreundschaft und Internationalismus hinreichend erfolgreich gewesen war. Der glückliche Ausgang des Experiments war alles andere als selbstverständlich. Eindrucksvoll wird die Stimmung dieses Neujahrstages 1972 in Gubin überliefert:

*Die Deutschen kamen wie Pilger nach Mekka. Niemand von den Polen ging an diesem Tage aus dem Haus. (...) Es liefen draußen nur Deutsche herum, ganze Familien mit Freunden und Bekannten. Überall wimmelte es von ihnen. (...) Sie besichtigten die Häuser und Gärten, oft ohne um Erlaubnis zu bitten, besahen sich jede Pforte und jeden Baum.” (Trosiak: 69).*

Die Annäherung verlief überraschend gut. Andrzej Brenz hat nach den ersten Begegnungen der ländlichen Bevölkerung im polnischen Grenzgebiet mit den ehemaligen Besitzern oder Bewohnern ihrer Häuser erfragt. Fast die Hälfte (45%) haben eine positive Erinnerung an daran, und bei knapp einem Viertel (23%) solcher Begegnungen ergab sich ein längerfristiger freundschaftlicher Kontakt. (Brenz: 59). Das eigentliche Wunder ist meines Erachtens, daß diese durch Schuld und Sühne, Leid und Haß voneinander getrennten Menschen die gewährte Öffnung als Wohltat annahmen.

Im ersten Jahr passierten 8000 Menschen täglich die Oderbrücke in Frankfurt, mehrere Millionen waren es jedes Jahr während dieser neun Jahre der Öffnung. Polen und Deutsche hatten etwa gleichen Anteil an dieser Zahl. Wie ein polnischer Chronist feststellte: die DDR-Bürger überschwemmt die Strände und Gebirgszüge der Volksrepublik, während die Polen in die Konsument Kaufhäuser der DDR ausschwärmten. (Annäherungen: 105) Aber es kann sich nicht nur um solche harmlosen Vergnügen gehandelt haben, wenn die Führung der DDR im Oktober 1980 das Abkommen über den paß- und visafreien Grenzverkehr aufkündigte. Die DDR-Bürger tankten nicht nur Sonne, sondern auch Informationen aus westlichen Zeitungen, sie genossen die freiere Kultur eines weltoffeneren Landes. Die offene Grenze wurde deshalb zu Zeiten der Solidarnosc zur Bedrohung für den Machterhalt der DDR-Führung.

Die großen Zahlen täuschen allerdings über den Umfang der deutsch-polnischen Begegnung bei offener Grenze hinweg. Es gab einen nicht geringen Prozentsatz der Bevölkerung beiderseits der Grenze, die nicht ins Nachbarland hinübergingen und dies auch jetzt nicht tun. In der polnischen Grenzregion sind dies drei Viertel der Landbevölkerung. Aber auch in Frankfurt (Oder) erklärten 1992 über ein Viertel der Befragten *gar nicht* nach Polen zu gehen. Dahinter steht sicher nicht nur Gleichgültigkeit oder Mangel an interessanten Gelegenheiten, sondern auch die Fremdheit und die aus Krieg und Nachkrieg erinnerte böse Erfahrung.

Zwei Bereiche waren es, in denen die deutsch-polnische Begegnung in den siebziger Jahren massenhaft und alltäglich wurde. Das war zunächst der grenznahe Handel, in dem die Bevölkerung auf der jeweils anderen Seite vor allem das kaufte, was Zuhause teurer oder kaum zu bekommen war. Das betraf nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen, die westliche Schallplatten und Kassetten, Jeans und Erzeugnisse des Kunsthandwerks kauften. (Pawlyta: 9-11). Die Begegnung zweier sozialistischer Mangelwirtschaften erzeugte bald Spannungen und Vorurteile vor allem der Deutschen gegen die Polen, und in der Folge erneute Einschränkungen des Grenzverkehrs. Es ist bemerkenswert, daß das negative Stereotyp des Polen in der DDR kaum noch etwas mit der historischen Überlieferung zu tun hatte, sondern ganz neu aus der Konkurrenz auf dem sozialistischen Verkäufermarkt entsprang. An die Stelle der *polnischen Wirtschaft* waren *die Polen, die alles weg kaufen* getreten. Das Commercium braucht den Markt, um völkerverbindend zu wirken. Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft ist der grenzüberschreitende Nahhandel zum bedeutendsten Bereich alltäglicher deutsch-polnischer Kontakte geworden. (Pawlyta, 44-60).

Der zweite große Bereich war die Arbeitsmigration. Tausende polnische Arbeiterinnen kamen täglich in die deutschen Großbetriebe entlang der Grenze, auch als es keinen visafreien Grenzverkehr mehr gab. Polnische Arbeiter konnten erstmals seit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der VR Polen im Jahre 1967 in größerer Zahl beschäftigt werden. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft endete die grenzüberschreitende Arbeitsmigration abrupt. Diese Zeit wird von den Frauen, die inzwischen fast durchweg arbeitslos sind, außerordentlich positiv erinnert. Vor allem in der gemeinsamen Arbeit entstanden seit den siebziger Jahren hunderte deutsch-polnische Eheschließungen,

jenes Element, das zugleich Maßstab und Unterpfand wachsender Normalität in der Grenzregion ist. Polnische Forscher sprechen von 10.000 deutsch-polnischen Ehen, die seit der Öffnung der Grenze 1972 geschlossen wurden. (Annäherungen: 105). Ein sehr großer Teil der deutsch-polnischen Paare lebt im Grenzgebiet und könnte vielleicht den hoffnungsvollen Grundstock neuer Minderheiten bilden. So zöge Normalität in die Grenzregion an Oder und Neiße ein.

#### *Die Aktivisten*

Zugleich mit dieser alltäglichen Kommunikation der Grenzbevölkerungen entwickelten sich nach der Grenzöffnung 1972 die offiziellen Kontakte weiter. Sie umfaßten nun nicht mehr nur Woiwoden, Bürgermeister und Parteidelegationen, sondern ergriffen Schulen, Kirchgemeinden, Sportgruppen und kulturelle Institutionen aller Art. Indem diese Kontakte massenhaft und alltäglich wurden, verließen sie den offiziellen, staatlich kontrollierten Raum. Im Grenzgebiet bildete sich eine sozial klar beschriebene Gruppe von Aktivisten der deutsch-polnischen Freundschaft aus, die überwiegend aus akademisch gebildeten Funktionären des Staates, der Wirtschaft, der Kultur und der Volksbildung bestand. Aber auch die Pfarrer der katholischen Kirchgemeinden in Frankfurt (Oder) und Ślubice gehörten dazu. Aus beruflichem Auftrag wurde bei diesen *Aktivisten* oftmals eine Herzenssache, und persönliche Freundschaften entstanden, die auch die Brüche der Zeiten überlebten. (Stokłosa). Ein prächtiges Beispiel bieten die Bürgermeister von Guben und Gubin, die schon in den sechziger Jahren bei der notwendigen kommunalwirtschaftlichen Kooperation zu Freunden geworden waren. Die beiden machten beim ersten Glockenschlag des neuen Jahres 1972 aus der Grenzöffnung ein persönliches und öffentliches Fest. (Jajesniak).

Die organisierten Begegnungen und Kooperationen wurden durch die Schließung der Grenze im Jahre 1980 schwer geschädigt, wenn auch nicht gänzlich unterbunden. Neuere Untersuchungen belegen schon 1975 eine Störung in den kulturellen und institutionellen Beziehungen im Grenzgebiet. Als Ursache machen sie die polnische Verwaltungsreform aus, die kleinere Woiwodschaften schuf. Die institutionellen Kooperationen wurden vielfach zerschnitten, die Schulen, Gesellschaften und Gemeinden ihrer bisherigen Partner beraubt. Die Frankfurter mußten sich beispielsweise von Zielona Góra nach Gorzów umorientieren. Die Störung der Beziehungen durch die administrative Reform war natürlich deshalb

so tief, weil die kulturellen und gesellschaftlichen Kontakte staatlich gelenkt, sanktioniert und kontrolliert waren.

Tiefer noch war der Kontinuitätsbruch durch die Wende 1990. Mit der endgültigen Öffnung nach dem Ende des Sozialismus mußten die Fäden neu geknüpft werden. Der Wandel aller Institutionen und der Elitentausch auf der deutschen Seite schienen alle alten Verbindungen gekappt zu haben. Ist es da nicht gut, daß sich etliche jener Aktivisten aus den Zeiten der Grenzöffnung wieder engagieren, wie in dem *Projekt deutsch-polnische Geschichte*, im *Deutsch-polnischen Literaturbüro*, im Verein *Frankfurter Brücke* und anderswo, und die neuen Möglichkeiten der guten Nachbarschaft nutzen? Wir können die Geschichte der Grenzregion an Oder und Neiße mit hinein nehmen in die Zukunft und müssen sie nicht in Bausch und Bogen verwerfen.

Ist dieses Bild im ganzen nicht zu freundlich gezeichnet? Es ist schon kühn, von einem *Wunder an der Oder* zu sprechen, wenn es noch immer so viel gegenseitige Vorbehalte und Vorurteile gibt, die sich gelegentlich in offener Feindseligkeit gegen die polnischen Nachbarn Luft schaffen, wenn ein so großer Teil der Bevölkerung beiderseits der Grenze Besuche beim Nachbarn meidet oder nur hinfährt, um zu tanken. Die außergewöhnlichen historischen Voraussetzungen und Belastungen dieser Grenze rechtfertigen es jedoch, die gewonnene Aussöhnung hoch zu schätzen. Immerhin kann man die von Stanislaw Lisiecki gewonnenen Ergebnisse ja auch umkehren: mehr als 60% der Frankfurter und Gubener wünschen, daß der Deutsche dem Polen auch Bruder sein könne, und wenigstens ein Drittel ihrer polnischen Nachbarn halten es für möglich. Also könnte es doch ein Wunder an der Oder geben, ein Wunder, das nicht feindliche Armeen vertreibt, sondern die Gespenster der Vergangenheit?

#### **Literatur:**

Annäherungen - Zblizenia. Deutsche und Polen 1945-1995, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1996.

Błahut, Karol J.: *Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze w latach 1919-1939*, Wrocław, Warszawa, Gdansk 1975.

- Brencz, Andrzej: Die Herausbildung einer neuen Kulturlandschaft in den Westgebieten - eine neue Sichtweise, in: Schultz, Helga / Nothnagle, Alan (Hg.): Grenze der Hoffnung, 49-59.
- Gruchman, Bohdan, Nowińska, Ewa: Die Entwicklung der Wirtschaft Westpolens nach 1945, in: Schultz, Helga / Nothnagle, Alan (Hg.): Grenze der Hoffnung, 114-123.
- Helias, Ewa: Polnische Arbeitnehmer in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsheft des Berliner Instituts für Vergleichende Sozialforschung, Berlin 1992.
- Hübner, Christa, Zum Wirken der Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft 1948-1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 5/79, S. 412-413.
- Kobylinska, Ewa / Lawaty, Andreas / Stephan Rüdiger (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992.
- Kowal, Stefan: Partnerstwo czy uzależnienie? Niemieckie postawy wobec stosunków gospodarczych z Polską w czasach Republiki Weimarskiej, Poznań 1995.
- Langer, Josef / Eger, György: Border, Region and Ethnicity in Central Europe: Results of an International Comparative Research, Klagenfurt 1996.
- Lisiecki, Stanislaw (Hg.): Offene Grenze. Bericht über die Forschungen zur polnisch-deutschen Grenzregion 1991-1993, Potsdam 1996.
- Łuczak, Czesław: Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze, Poznań 1988.
- Mohs, Gerhard: Die Industrie im Bezirk Frankfurt (Oder). Entwicklung und Standortverteilung in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1962.
- Ostbrandenburgs wirtschaftliche Notlage. Bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Frankfurt (Oder), hg. v. Wirtschafts- und Kulturbund für das Grenzkreisgebiet Frankfurt (Oder), 1930.
- Pawlyta, Joachim: Der grenznahe Handel zwischen Deutschland und Polen, Göttingen 1995.
- Puchert, Berthold: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen, Berlin 1963.
- Quast, Mario: Gründe und Folgen der Vertreibung von Polen und Deutschen von 1939-1945, Hausarbeit Fakultät für Kulturwissenschaften, Hausarbeit am Lehrstuhl Wirtschafts- und Sozialgeschichte der EUV Frankfurt (O)1996.
- Rutowska, Maria, Ilona Romiszewska: Die Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion 1949-1993, in: Lisiecki, Stanislaw (Hg.): Offene Grenze, 77-96.

- Schieck, Martin: OGELA - Ostmarkenschau für Gewerbe und Landwirtschaft vom 14. Bis 22. Juni 1924 in Frankfurt (Oder), in: Frankfurter Jahrbuch 1996/1997 des Vereins der Freunde und Förderer des Museums Viadrina, 134-146.
- Schultz, Helga / Nothnagle, Alan (Hg.): Grenze der Hoffnung: Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder, Potsdam 1996.
- Stokłosa, Katarzyna: Brücken der Freundschaft. Deutsch-polnische Kulturbeziehungen in der Grenzregion am Beispiel der partnerschaftlichen Städte Görlitz-Zgorzelec und Frankfurt (Oder)-Ślubice (1972-1980), Diplomarbeit Kulturwiss. Fak. der EUV 1997/98.
- Transodra - Dokumentation der Tagung: Grenze und Grenzbewohner - Nachbarn und Fremde, Nr. 10/11, Potsdam 1994. Darin: Schwartz, Michael: Vom „Flüchtling“ zum Neubürger; Szczegola, Hieronim: Die Aussiedlung der Deutschen vor der Potsdamer Konferenz.

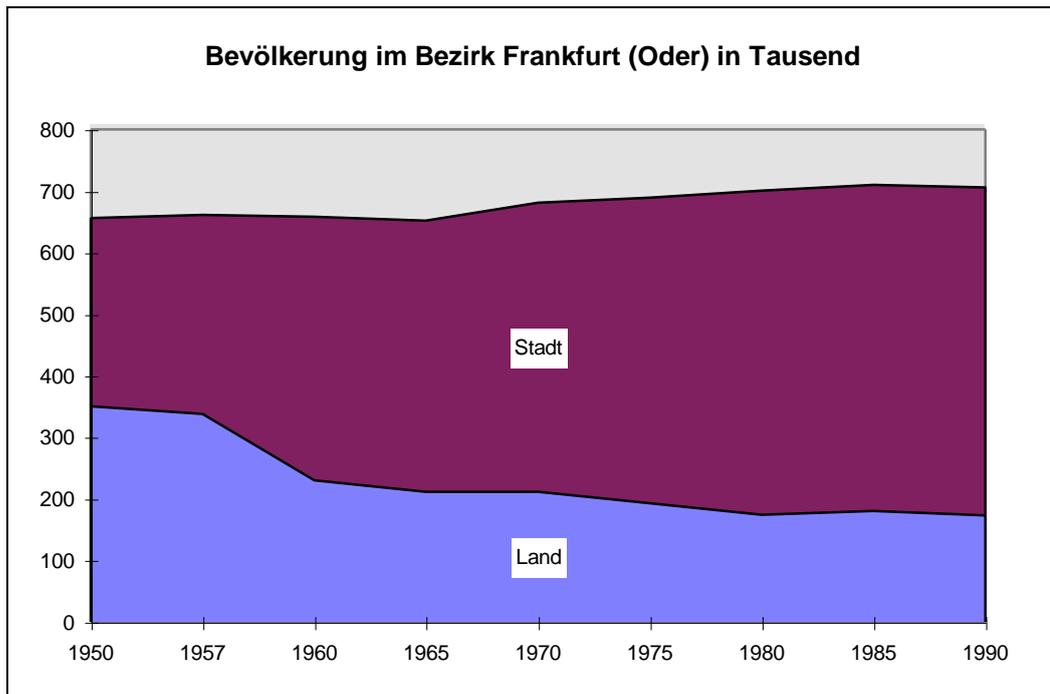


Abbildung 1: Quelle: Statistisches Jahrbuch für den Bezirk Frankfurt (Oder)

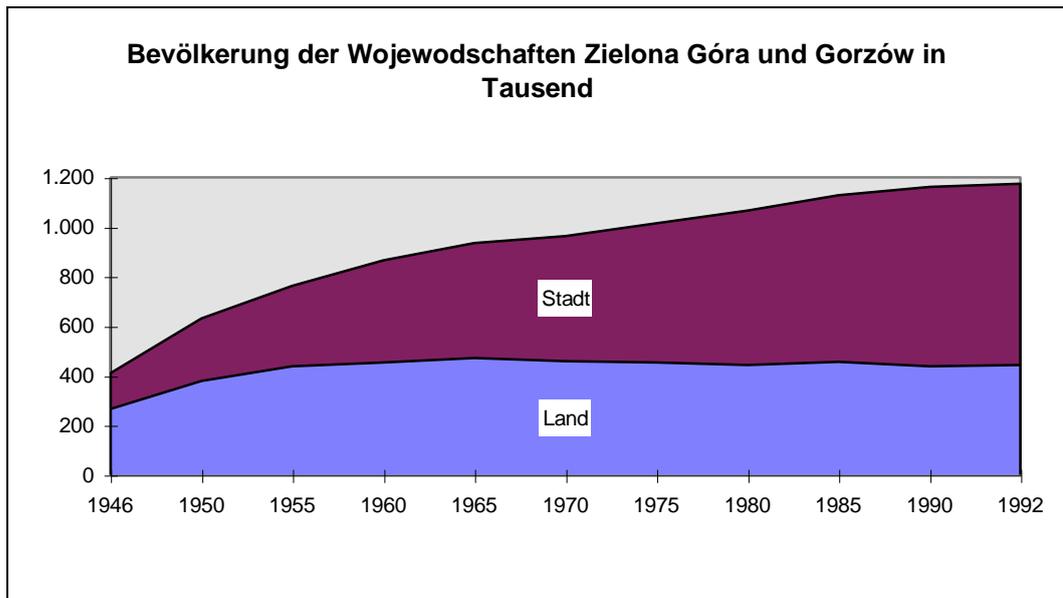


Abbildung 2: Quelle: Lisiecki: 144-146, Tab.2.